

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 2

Artikel: Der neue deutsche Bundeskanzler
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141252>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

auch die Feststellung des Verfassers, dass das berufs- und gewohnheitsmäßige, oft geradezu gedankenlose Strafen, also die Zufügung von «entsprechendem» Bösem und Grausamem im Sinn der Vergeltung, auf Richter, Staatsanwälte usw. charakterlich schädlich, abstumpfend, ja verrohend wirken kann. Der Pharisäer im Strafenden wird bei jeder Strafe, die er beantragt oder verhängt, nur immer abstossender und gesellschaftsfeindlicher.

Und was soll man erst sagen von der ganzen Gesellschaft, die ein auf Selbstgerechtigkeit beruhendes Strafsystem erfindet und anwendet? «Hat eine Gesellschaft», so fragen wir mit Kraschutzki, «die solche Verbrechen (wie besonders Krieg, aber auch andere Untaten. H.K.) vorbereitet, ein moralisches Recht, einen Mann zu bestrafen, weil er Hunger hat und Eier stiehlt? Ich bestreite dieses Recht, diesen ‚Strafantrag des Staates‘, mindestens so lange, bis dieser Staat nicht selbst von der Vorbereitung der schwersten Verbrechen Abstand nimmt.» Welche Verrohung der Völker haben nicht allein schon die beiden Weltkriege bewirkt, herbeigeführt und ausgetragen durch Staaten, die jetzt wieder die Menschen für tausend Verbrechen bestrafen, deren Ausübung sie ihren Bürgern «im patriotischen Interesse» zur Pflicht gemacht haben! Dass der Staat gar noch Menschen als Verbrecher hart bestraft, die das Nichttöten auch im Völkerverhältnis zum Gesetz erhoben wissen wollen, ist natürlich der Gipfel der Heuchelei. Es ist gar nicht abzusehen, welche Mitschuld der Militärstaat an der Entsittlichung und Zügellosigkeit einer Menschengeneration trägt, die zwei grosse Kriege erlebt hat und weiterhin auf Massenmord dressiert wird. Wenn *diese* Quelle von Verbrechen einmal verstopft ist, und dann auch noch jene andere, die in der kapitalistischen Besitz- und Wirtschaftsordnung liegt, dann muss es fast ein Kinderspiel sein, Rechtsbrecher zu brauchbaren Gliedern der Gesellschaft zu erziehen. Kraschutzki entwirft dafür einen Plan, der sich auf seine eigenen, reichen Erfahrungen mit der Übeltäterbesserung durch Menschen stützt, die nichts mehr von Selbstgerechtigkeit, aber sehr viel Nächstenliebe in sich tragen. Kraschutzki stellt sich persönlich nicht auf christlichen Boden, übt aber den Geist des Evangeliums auf einem wichtigen Gebiete des Gemeinschaftslebens in einem Grad, der für alle, die sich Christen heissen, vorbildlich ist. Es gebührt ihm dafür der Dank all derer, die überzeugt sind, dass die Bergpredigt das Wirklichkeitsnächste und im Alltagsleben Anwendungswerteste ist, das es überhaupt geben kann. H. K.

Der neue deutsche Bundeskanzler

Ludwig Erhard, einst als Schöpfer des deutschen Wirtschaftswunders gefeiert, ist sang- und klanglos von der politischen Bühne abgetreten. Nachdem der Glaube an seine finanziellen Zauberkünste verschwunden war, hatten die politischen Drahtzieher von der CDU-CSU keine Verwendung mehr für ihn. Sie suchten eine neue zügige Führerfigur für die kommenden kritischen Jahre und fanden sie in *Kurt Georg Kiesinger*.

Auf Grund von was für Abmachungen er von Franz Josef Strauss vorgeschoben wurde, wird sich erst mit der Zeit herausstellen, dass er von Franz Josefs Gnaden Kanzler ist, muss man aber schon jetzt als böses Omen bezeichnen. Noch schlimmer ist, dass er 1933 in die Nazipartei eintrat und ihr bis 1945 verpflichtet blieb. Es ist für den Aussenstehenden lehrreich mitanzusehen, wie nun nicht allein von Kiesingers Parteigängern, nein, sogar von den Sozialdemokraten versucht wird, seine ihn belastende Vergangenheit mit dem Mantel verständnisvoller Nachsicht zuzudecken.

Auf eine Stimme der Verurteilung – Karl Jaspers Ausspruch, «die Wahl Kiesingers sei ein Affront gegenüber dem Ausland und eine Beleidigung» – kommen Dutzende von Beispielen wohlwollender Zustimmung in der deutschen Öffentlichkeit. Ein Blatt wie «Christ und Welt» (18. 11. 66) geht noch einen Schritt weiter und sagt dem Ausland «...dass wir nicht gesonnen sind, weiterhin über die Vergangenheit von Männern, die in den letzten 20 Jahren grosse Leistungen vollbracht haben, auch nur zu diskutieren». Das Ende der Nachkriegszeit, so wird proklamiert, verlange von den Deutschen die «nationale Würde», die NS-Vergangenheit eines Politikers nicht mehr als Hinderungsgrund für die Ausübung selbst des Kanzleramtes gelten zu lassen. Die Gleichung ist einfach: Auftrumpfen = Nationale Würde! Wenn im übrigen diese Herren es ablehnen, über ihre politische Vergangenheit zu diskutieren, so hat doch jeder, der für politische Sauberkeit eintritt, hier oder dort, die Pflicht, der Öffentlichkeit über die Personen, die auf das höchste politische Amt reflektieren oder es innehaben, Klarheit zu verschaffen.

Diese Aufgabe erfüllen, was Kanzler Kiesinger angeht, mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und Präzision die «*Blätter für deutsche und internationale Politik*» (Januar 1967), denen wir unsere Angaben und Zitate entnehmen.

Wie schon erwähnt, trat Kiesinger 1933 der Nazipartei bei. 1935 begründete er in Berlin eine Anwaltspraxis und wartete auf seine politische Chance, die sich ihm 1940 mit der Berufung zum «wissenschaftlichen Mitarbeiter» ins Auswärtige Amt bot. In dieser Eigenschaft wurde er zum Untergebenen Ribbentrops und zuständig für «Beeinflussung und Steuerung des ausländischen Rundfunks im Sinne des Reichsaussenministeriums». Diese seine Tätigkeit musste im weiteren abgestimmt werden mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Goebbels, so dass Kiesinger mit beiden Ministerien in enger Verbindung stand.

Bei der «Interradio AG», der von Berlin aus gelenkten Zentrale für Radio-Pionierarbeit für deutsche Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft im «Neuen Europa» machte sich Kiesinger mit jenem «europäischen Denken» vertraut, das ihm seitdem unter einer den Verhältnissen angepassten Akzentsetzung eigen ist. Das Radio sollte auch nach der siegreichen Beendigung des Krieges dazu dienen, «die dem Deutschtum und dem Nationalsozialismus feindlichen Kräfte und Ideologien auszumerzen». Kiesinger war der ideale Verbindungsmann und Koordinator, der es verstand, wie Goebbels sich ausdrückte, «in vorzüglicher, gesellschaftlich und kulturell taktvoller

und Sympathie weckender Art die NS-Gemeinschaftsideologie zu verfechten». «Kiesinger bestimmte also den Kurs der Auslandspropaganda und schaltete sich als oberster Zensor ein, wenn sich ein Mitarbeiter einmal ausserhalb der NS-Propaganda bewegte.»

Konrad Ahlers, den Kiesinger neuerdings zum stellvertretenden Pressechef ernannt hat, war im Krieg mit der Überwachung der deutschen Auslandspressearbeit in Norwegen beschäftigt und mit Kiesinger kameradschaftlich verbunden. Ahlers war in der Lage, aus Washingtons Archiven ein kleines Entlastungsdokument für Kiesinger herbeizuzaubern, das beweisen sollte, «Kiesinger hätte die antijüdische Aktion nachweislich systematisch gehemmt».

In seiner Eigenschaft als Mitarbeiter von Goebbels und Rippentrop hatte Kiesinger auch die ausländischen Berichtersteller in Deutschland zu betreuen. Unter anderem organisierte er Führungen an die verschiedenen Fronten. Im August 1941 zum Beispiel führte er einen eindrucksvollen Reiseplan nach Osten durch, mit einem Flug über die Stalinlinie, mit einem Besuch in einem Gefangenenlager (Flintenweiber) und als Krönung einem Gottesdienst im Smolensk. Es wurde Kiesinger nachgerühmt, dass er immer auch «die Dome des Abendlandes miteinbezog in das deutsche Sendungsbewusstsein».

Was aus anderen Berichten von persönlichen Freunden oder Mitarbeitern Kiesingers hervorgeht, sein nach aussen und nach oben milde und freundlich argumentierendes Wesen, das sich mit nach unten rücksichtslos durchgreifenden Feldwebelmethoden verband, ist im übrigen in der ganzen Welt als eine in Deutschland stark verbreitete Kombination bekannt. Sie kam Kiesinger zum Beispiel beim Kauf durch «Arisierung» eines privaten Radio-Senders, genannt Radio Cité in der Nähe von Paris, sehr zustatten. Die Kenntnis solcher «Verdienste» lässt denn auch gewisse Kreise in Deutschland hoffen, sein Regime werde mit den Wiedergutmachungszahlungen an Juden Schluss machen.

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes wurde Kiesinger von der amerikanischen Militärmacht für 18 Monate interniert. Dann machte er sich in den Kreisen der eben entstandenen CDU bekannt und zog schon 1949 in den ersten deutschen Bundestag ein, wo er seiner propagandistischen Fähigkeiten wegen von Adenauer sehr gefördert wurde. Kiesinger schlug mehrere Aufstiegsmöglichkeiten, die sich ihm boten, aus, aber zu behaupten, die Jahre seiner Zugehörigkeit zum Bundestag seien bis 1958 nur eine Wartezeit gewesen, wäre nicht richtig. Was ihn damals beschäftigte, und wofür er von Adenauer sehr wirksam eingesetzt wurde, war die Vorbereitung und Durchführung der deutschen Wiederbewaffnung. In der Militärpolitik sah Kiesinger das Fundament des «Wiedererstarkens Deutschlands» und auch den «*Schlüssel zur Wiedervereinigung*». General Speidel, bis vor kurzem Oberbefehlshaber der Verbündeten Nato-Landstreitkräfte Europa-Mitte, wusste um diese Tätigkeit Kiesingers und würdigte sie voll. Speidel wusste sich in seiner Auffassung von der «offensiven Verteidigung» wie in der Idee vom vorbeugenden Angriff auf den «einzig

möglichen Gegner» einig mit dem «planenden Politiker», eben Kiesinger. Die «politische Einsatzbereitschaft für die Ziele der NATO nach deutschem Verständnis, hat laut Speidel erfolgreich dazu beigetragen, die Vorwärtsverteidigung an den Eisernen Vorhang zu verlegen».

«Speidel weist auch darauf hin, dass die Bevölkerung für einen Kriegsfall schon im Voraus organisiert sein muss, wie es mit den Notstandsgesetzen von der Regierung Kiesinger jetzt unter Zuhilfenahme des Koalitionspartners SPD realisiert werden soll, bei Suspendierung der demokratischen Bürgerrechte des Grundgesetzes.»

«Die Hoffnung aller Nationalen», schrieb die «Nationalzeitung», «richtet sich auf Kiesinger». Und diese Hoffnung gründet offenbar nicht auf den Angaben, die Kiesinger von seiner Stellung unter dem Nazi-Regime machte. Er behauptete, nur «ein unbedeutendes Rädchen in Hitlers Machtapparat» gewesen zu sein. Was ihn für die «Nationalen» auszeichnete, war eben gerade seine unter dem NS-Regime bewiesene Treue zur «Idee» eines starken aufgerüsteten Deutschlands, das berufen ist, das Abendland gegen den Kommunismus zu schützen. Genau diese Weise spielte auch Rattenfänger Hitler.

Der erste Bundeskanzler, Adenauer, der als Weimarer Politiker dem Nationalsozialismus mit Distanz gegenübergestanden hatte, rief mit der Remilitarisierung die Geister eines neuen militanten Nationalismus und setzte auf die verhängnisvolle Karte des Kalten Krieges. Der zweite Bundeskanzler, der Wirtschaftsberater der Nationalsozialisten gewesen war, allerdings 1944, als ihm der Ausgang des Kriegsabenteuers klar war, den Kontakt zu den USA suchte, beharrte auf dem Kalten-Kriegs-Kurs gegen die internationale Entspannungspolitik. Der dritte Kanzler, der Ex-Nazi-Prominente und Favorit sowohl der Kreise um die «Nationalzeitung» wie der auf totale Mobilisierung und Notstand drängenden Generalität und gewisser Kreise der Grossindustrie und der Banken (Abs), von Strauss in den Sattel gehoben, von der SPD-Führung unterwürfig unterstützt, will nun das Volk in Waffen, die militant formierte Gesellschaft verwirklichen. Dieser Mann beschwört die Vergangenheit endgültig wieder herauf mit seiner Machtübernahme und seinen Volksgemeinschaftsparolen sowie seiner Absicht, das demokratische Grundgesetz zu suspendieren. Die Zukunft aber, auf die er zusteuert, erinnert in ihrer Kriegsgefahr nur allzusehr an das Regime, das ihn politisch, propagandistisch und charakterlich prägte. Der dritte Bundeskanzler wirft die Frage nach dem Weiterbestand der Demokratie auf. Und wer immer, innen und aussen, mit Kiesinger paktiert, statt dieses Kabinett rücktrittsreif zu machen, bevor es sich in den Besitz der Notstandsvollmachten setzen kann – auf quasi «legale» Weise, mit Hilfe der erhofften SPD-Stimmen – der muss wissen, dass damit weder Deutschland noch dem Weltfrieden gedient sein kann. Gegen Militärpolitiker dieser Vergangenheit und dieser Zukunftsabsichten helfen nur entschieden opponierende Demokraten im Innern und eine diesmal illusionslose Betrachtung im Ausland.